

Wien, 13. August.

Eine Prüfung der Finanzen der Ententeländer kann naturgemäß bloß auf Grund eines unvollständigen Materials erfolgen. Soweit jedoch Behelfe vorliegen, zeigen sie auf der ganzen Linie die schweren Folgen, die der Krieg für die Finanzen der Länder des Biverbandes gehabt hat. Der Anschluß Amerikas scheint sich bisher für die neuen Bundesgenossen nur in der Stundung ihrer Zahlungsverbindlichkeiten fühlbar gemacht zu haben. Allerdings gehen diese so weit, daß die Vereinigten Staaten bereits in allernächster Zeit an die Begebung der zweiten Kriegsanleihe werden schreiten müssen. Von den zwei Milliarden Dollar der ersten Kriegsanleihe sind rund 1500 Millionen durch Vorschüsse an die Alliierten in der Form der Uebernahme von Ententeschahscheinen seitens des Bundeschahamtes und Bezahlung von Ententeschulden in Amerika aufgezehrt worden. Die zweite amerikanische Kriegsanleihe, deren Ausgabe im September erfolgen dürfte, soll den ganzen restlichen Kriegskredit der Bundesregierung, somit fünf Milliarden Dollar, umfassen, und nach einer Newyorker telegraphischen Meldung vom gestrigen Tage, soll der Schahsekretär Mac Adoo geäußert haben, daß die Unterbringung dieses Betrages keine Schwierigkeiten verursachen werde, wenn die Begebung der Anleihe zu 4 oder 4½ Prozent erfolgen würde. Die Erfahrungen, die man in Amerika mit der ersten Kriegsanleihe gemacht hat, scheinen eher dagegen zu sprechen. Ohne die erst im Laufe der Zeichnungsfrist gegebene Zusicherung, daß die Anleihe gegen eine spätere, höher verzinsliche zum Umtausch gelangen könne, wäre es kaum zu einer 50prozentigen Ueberzeichnung der 3½prozentigen Anleihe gekommen. Bei der Zuteilung der ersten Anleihe hat sich das amerikanische Schahamt wohl nach Möglichkeit eine Reserve an unberücksichtigt gebliebenen großen Zeichnungen gehalten, indem die Subskriptionen bis 10.000 Dollar volle Berücksichtigung fanden, während auf die Zeichnungen von 2 bis über 25 Millionen Dollar bloß Zuteilungen in der Höhe von 20 bis 30 Prozent der angemeldeten Beträge erfolgten. Ob die Zusicherung einer steuerfreien 4prozentigen oder einer 4½prozentigen Verzinsung ohne Steuerfreiheit zur Zeit der Finanzierung der Ernten genügende Bürgschaft für den Erfolg der Anleihe bilden wird, ist abzuwarten, denn der amerikanische Geldmarkt ist nicht so flüssig wie vor einigen Monaten. Die großen Regierungsbestellungen haben starke Anregungen zu Investitionen gegeben und der Zinsfuß für tägliches Geld ist im Steigen begriffen.

In England verfolgt man nicht ohne Sorge die Entwicklung des Newyorker Geldmarktes, denn es sind bedeutende Summen amerikanischen Kapitals in kurzfristigen englischen Schahscheinen investiert und ihre Zurückziehung aus London würde die Deckung der Kriegskosten noch schwieriger gestalten. Die Ausgabebüßern des Voranschlages sind bereits im ersten Viertel des Rechnungsjahres 1917/18 wesentlich überschritten worden. Die Kriegskosten steigen durchschnittlich auf acht Millionen Pfund Sterling, wenn sie sich auch in den letzten Wochen zwischen 6 und 7 Millionen hielten, und die Deckung dieser riesigen Ausgaben durch schwebende Schulden wird um so schwerer, als in mancher Woche mehr fällig gewordene Schahscheine zur Einlösung gebracht, als abgesetzt werden. Die Summe der im Umlauf befindlichen Schahscheine und Kriegslastenzertifikate mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren stellte sich Ende Juli auf rund 1500 Millionen Pfund Sterling. Der englische Schahkanzler hat sich nun zur Begebung einer Anleihe von 250 Millionen Pfund Sterling ermächtigen lassen, wodurch wohl der Fehlbetrag bis zur Wiedereinberufung des Parlaments gedeckt werden soll. Nach englischen Mitteilungen handelt es sich diesmal um die Placierung langfristiger Schahscheine in den Vereinigten Staaten, die man in England offenbar zu ausgiebigerer finanzieller Hilfeleistung heranziehen will als bisher. Die enorme Höhe der schwebenden Verschuldung Englands dürfte voraussichtlich bald zur Begebung einer vierten englischen Kriegsanleihe drängen, die allem Anschein nach auch in Ländlicher Finanzkreise erwartet wird. Der Kurs der 4½prozentigen Kriegsanleihe mit Umtauschrecht ist gestiegen und ebenso jener der steuerfreien vierprozentigen, da man mit der Wahrscheinlichkeit einer Erhöhung der Einkommensteuer über die 25 Prozent hinaus rechnet, die bei Begebung dieser steuerfreien Titres in Rechnung gestellt wurden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß schon in den Bedingungen der nächsten englischen Kriegsanleihe der „Ernst der finanziellen Lage Englands,“ den Bonar Law erst kürzlich im Parlament betonte, zu deutlichem Ausdrucke gelangen wird.

Frankreich spürt mit vollster Wucht den Krieg nicht nur auf den Schlachtfeldern, sondern auch in den Finanzen. In Paris ist bis vor kurzem von einer bevorstehenden neuen Kriegsanleihe gesprochen worden, und die Frage wurde viel erörtert, ob einer Lozanleihe oder einer 6prozentigen Anleihe der Vorzug zu geben wäre. Für die fortschreitende Verschlechterung des französischen Staatskredits ist es bezeichnend, daß der „Temps“ vor wenigen Wochen schrieb: „Man darf sich in Frankreich über den Vorschlag einer 6prozentigen Rente nicht ereifern, da ja schon die letzte 5prozentige Anleihe in Wirklichkeit 5-70 Prozent Zinsen bot. Wären die Kurse sich selbst überlassen, so würde der Zinssatz von 6 Prozent für geläufig und normal gelten.“ Tatsächlich beträgt der Zinssatz für Vorschüsse bei der Bank von Frankreich 6 Prozent und bei den Pariser Großbanken stellt er sich einschließlich der verschiedenen Provisionen auf 8½ bis 9 Prozent. Geld ist in Frankreich während des Krieges sehr teuer geworden und die Deckung der Kriegskosten wird auch hier mit dem steten Wachsen der schwebenden Schulden immer schwieriger. Von den bisherigen Kriegsausgaben Frankreichs in der Höhe von nahezu 100 Milliarden Francs ist nur der vierte Teil durch feste Kriegsanleihen, ein verhältnismäßig kleiner Betrag durch die budgetmäßigen Staatseinkünfte gedeckt, während der größte Teil seine vorläufige Deckung durch Schahscheine, Vorschüsse der Bank von Frankreich und kurzfristige Verschuldung in England und Frankreich findet. Nach dem letzten Ausweise hat die Bank von Frankreich dem Staate Vorschüsse von 11 Mil-